

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Sprechender
Titel

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Juni 8 000 M., mit Postgebühren. Ein einzelnes Exemplar 500 M. Anzeigenpreis: Die erste Zeile ober deren Raum 1000 M., die Restzeile 2500 M. Mindestbetrag 50 M. Wiederholungen der Zeitung infolge besonderer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Verrechnung. | Einzelne Aufträge 3000 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Abrechnung ist der Rabatt, einrückl.

Nr. 170.

Altensteig, Mittwoch den 25. Juli.

Jahrgang 1923

Der zweite Schritt.

Nachdem nun der nicht ganz leichte Geburtsakt der englischen Note beendet zu sein scheint und ihre Veröffentlichung, wenn nicht in amtlicher Form, so doch im Wege der üblichen Indiskretionen, zu erwarten ist, dürfen wir uns ins Gedächtnis zurückrufen, worum es sich eigentlich handelt. Es handelt sich um den Entwurf zu einer gemeinsamen Entente-Antwort auf die deutsche Note vom 7. Juni. Diese deutsche Note enthielt drei Punkte: erstens die Einwilligung, Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch Sachverständige feststellen zu lassen, zweitens das Angebot bestimmter Bürgschaften für die deutschen Zahlungen und drittens die Forderung nach mündlichen Verhandlungen über das Was und Wie. Die Bürgschaften sind wiederum von dreierlei Art: erstens Goldobligationen auf das Pfand der deutschen Eisenbahnen, in Höhe von 10 Milliarden Mark, zweitens eine Generalhypothek auf den deutschen Besitz in Höhe von gleichfalls 10 Milliarden Goldmark, drittens gewisse Steuern und Zölle als Ergänzung. Eine Notwendigkeit, in der Antwort auf diese Angebote vom passiven Widerstand zu reden, besteht also nicht. Auf französischer Seite besteht aber der dringende Wunsch, der englische Entwurf möchte der deutschen Regierung „die Einstellung des passiven Widerstandes“ empfehlen. Damit bekäme nämlich die französische Regierung ein Dokument in die Hände, womit sie zunächst ihrem Lande beweisen könnte, daß England den Ruhestand billige.

Nach halbamtlichen Versicherungen, die weiter verbreitet, besteht bei der englischen Regierung keinerlei Neigung, auf den französischen Vorschlag zu gehen. England würde sich mit der Forderung, den passiven Widerstand einzustellen — den die deutsche Regierung nicht „befohlen“, sondern dem sie ihre amtliche Haltung nur zweckentsprechend angepasst hat —, ja auch in eine zu wunderliche Lage begeben! Die Welt weiß, daß die englischen Kronjuristen ihr Urteil dahin gefällt haben: der Einbruch ins Ruhrgebiet sei eine Verletzung des Versailler Vertrages. Wollte England also das französische Ansuchen erfüllen, so müßte es von der deutschen Regierung fordern, daß sie gegen eine Durchbrechung des Versailler Vertrages nichts einzuwenden habe. Und könnte es schließlich schon recht sein, wenn nach der französischen und belgischen auch die englische Regierung den Versailler Vertrag als „Reinen Papier“ behandelte, den man heute so, morgen so anlegt. Aber man bezweifelt, daß die englische Regierung, die Frankreich doch um jeden Preis bei der Stange der Entente halten möchte, so nicht mit dem „Reinen Papier“ der Entente-Staatskunst umgehen mag. Nicht Willkür einzelner Teilhaber, sondern die bessere Einsicht aller soll ändern, was am Versailler Vertrag der Leanderung bedürftig ist. Deshalb glaubt England, dem Poincarismus den Gefallen nicht tun zu können, von Deutschland die Abstellung des Widerstandes gegen französische Willkür zu fordern.

England hat dazu, neben dem reinen Zweckmäßigkeitsgrund, aber auch noch einen unmittelbaren Nützlichkeitsgrund. Der passive Widerstand muß doch unangenehm wirksam sein, wenn die Franzosen, die „Sieger“ im Kriege der Gewalt gegen das Recht, so dringend nach seiner Abstellung schreien. Solange aber dieser Widerstand wirksam ist, überhebt er die englische Politik der Notwendigkeit, mit dem neufranzösischen Imperialismus als mit einer vollendeten Tatsache zu rechnen. Solange der deutsche Widerstand anhält, hat Frankreich das Ruhrgebiet noch nicht, ist es noch nicht im gesicherten Besitze der Rohstoffe, die es zur Vorbereitung des Endkampfes gegen die englische Seeherrschaft braucht, kann es die Hand noch nicht auf die Schweiz und Holland, auf Quersgebiet und Mündungsland des Rheins legen, wie es sie bereits auf Belgien gelegt hat. Daß der passive Widerstand fortbauere, ist also ganz einfach ein dringliches Interesse britischer Politik, solange diese nicht bereit ist, vor dem neufranzösischen Imperialismus die Segel zu streichen. Aber wie immer die Engländer über den passiven Widerstand denken, und wie sie sich darüber mit den Franzosen abfinden mögen: für uns kann letzten Endes nur das deutsche Interesse maßgebend sein. Und das gebietet uns, so schreiben die „Leipz. N. Nachr.“, die Unbarmheit von 1918—19 nicht zum zweiten Mal zu machen. Ein zwar schwer mitgenommenes, aber in seinem Zusammenhalt nicht erschüttertes Heer von 1½ Millionen hatte Hindenburg nach der Niederlage der Republik als Vorzugsgabe zugeführt. Dies Heer brauchte, am Stande

der neutralen Zone, nur mit dem Gewehr im Arm stehen zu bleiben, bis der Versailler Vertrag fertig war — dann sah der Versailler Vertrag, ohne daß es zu neuem Kriege gekommen wäre, anders aus, als er heute aussieht. Aber dies Heer war „Militarismus“, und die Nachhaber der jungen Republik fürchteten den geschlagenen deutschen Militarismus mehr als den Militarismus der Sieger. So ließen sie das letzte deutsche Heer nicht ungern auseinanderlaufen — und der Versailler Vertrag ward dementsprechend. Eine Folge dieses Versailler Vertrages, so wie er wurde, weil die junge Republik dem Landesfeind gegenüber auf jede vorbeugende Sicherung glaubte verzichten zu können, ist der Ruhrbruch. Aber zwischen dem „Unterzeichnen“ und dem „Unterbrechen“ liegen drei Jahre unermüdlicher Erziehungsarbeit, die der Poincarismus dem vertrauensfertigen deutschen Volk gewidmet hat. Und angesichts der Behandlung mit Keitische und Maschinengewehr, die den Gipfel Poincarischer Erziehungskunst darstellt — vorläufig wenigstens — begann sich das wehrlose und betrogene deutsche Volk darauf, daß es doch noch eine Waffe hat, das „Ich will nicht“ des freien Mannes, der unterm Bajonett des Landesfeindes und Einbrechers keine Sklavenarbeit leistet. Je mehr der angebliche Sieger schreit, daß wir auch diese letzte Waffe wegwerfen müßten; um so fester sollen wir sie halten. Das ist die Lehre, die uns die bitteren Erfahrungen von 1918—19 predigen.

Die Beschützerin Erhardts.

Leipzig, 24. Juli.

Die Prinzessin Margarete von Hohenzollern-Dehringen hatte sich vor dem Staatsgerichtshof wegen Meineids zu verantworten.

Folgende Vorgänge haben zu der Anklage gegen die Prinzessin geführt: Im November vorigen Jahres wohnte im Hause der Prinzessin Margarete in München-Pasing ein Herr von Schwewe, der im Verdacht stand, am Rast-Busch beteiligt gewesen zu sein. Der angeklagte Herr von Schwewe wurde bei seiner Vernehmung durch den Reichsgerichtsrat Dr. Mey in München durch zwei Zeugen als der lange gesuchte Kapitänleutnant a. D. Erhardt identifiziert und verhaftet. Nach seiner Verhaftung wurde die Prinzessin am 28. November darüber vernommen, ob sie Erhardt kenne. Sie gab an, ihn in einer Gesellschaft oberflächlich kennen gelernt zu haben. In der Folge sei sie lediglich einige Male mit ihm zusammengekommen, weil er ihr behilflich sein wollte, eine kaufmännische Beschäftigung zu finden. Diese Aussagen bezeugte die Prinzessin nach zweitägiger Bedenkzeit am 30. November. Bereits zwei Stunden später widerrief sie freiwillig ihre Aussagen dahin, daß sie Erhardt genau kenne und ihn auch beherbergt habe. Ihre Aussage habe sie gemacht, weil Erhardt ihr gesagt habe, „Erhardt“ existiere nicht mehr, sondern nur noch „Herr von Schwewe“ und sie könne mit gutem Gewissen bezeugen, daß sie den Kapitänleutnant Erhardt nicht näher kenne. Der Widerruf erfolgte aber erst, nachdem die Prinzessin erfahren hatte, daß die beiden Zeugen, die Erhardt erkannt hatten, auch sie belästigt hätten. Das Gericht hat darüber zu entscheiden, ob ein wissenschaftlicher Meineid vorliegt, wie die Anklage annimmt, oder ein im guten Glauben gefälschter Falschheid. Die Anklage wegen Beihilfe zum Hochverrat, deren die Prinzessin gleichfalls beschuldigt ist, weil sie Erhardt unter falschem Namen beherbergt hat, dürfte in dieser Verhandlung nicht erledigt werden können, da infolge der Flucht Erhardts nicht darüber geurteilt werden kann, ob Erhardt sich des Hochverrats schuldig gemacht hat.

Die Aussagen der Prinzessin erbrachten nichts Neues, als daß die Prinzessin ganz im Bann Erhardts stand.

Reichsgerichtsrat Dr. Mey, Leipzig, der als Untersuchungsrichter die Prinzessin vernommen und Erhardt verhaftet hat, gibt als Zeuge an, daß er durch Veröffentlichungen in der Presse der Linken auf München als Aufenthalt Erhardts aufmerksam gemacht worden sei. Der Zeuge schildert den Besuch Erhardts mit der Prinzessin bei ihm. Erhardt habe sich Schwewe genannt und einen schwarzen Schnurrbart getragen. Auf seine Bitte, ihn zuerst zu vernehmen, sei er nicht eingegangen. Die Prinzessin habe bei dieser Vernehmung erklärt, sie wolle keinen religiösen Eid leisten, obwohl sie Tags zuvor religiöse Bedenken geäußert hatte. Wie der Zeuge bekundet, hat die Prinzessin dann den Schwur in weltlicher Form abgelegt. Danach hat Dr. Mey den Dr. jur. Hugo v. Schwewe vernommen. Als er ihm zwei Photocarbiden, die ihn

selbst (nämlich Erhardt) betrafen, vorlegte, habe Schwewe unter Eid ausgesagt, er kenne die abgebildeten Personen nicht und habe auch keine Beziehungen zu Erhardt und zur Erhardtbrigade. Als Schwewe entlassen wurde, erkannte auf dem Gang eine Zeugin in ihm den Konsul Erhardt. Da auch die Ausweispapiere sehr mangelhaft waren, gab Dr. Mey Auftrag, den Herrn v. Schwewe festzunehmen. Er ließ dann die Prinzessin holen und stellte sie Erhardt gegenüber. Dieser rief ihr zu: „Prinzessin, das Spiel ist aus. Es hat keinen Zweck, weiter zu leugnen. Die Frauen draußen haben mich verraten“. Die Angeklagte benahm sich wie ein kleines ungezogenes Mädchen und wollte ihren Eid nicht berichtigen. Erst als der Untersuchungsrichter sie an ihr Stammhaus erinnerte, tat sie es. Der Zeuge hat von der Prinzessin den Eindruck gewonnen, daß sie ein ziemlich trostlos sei. Sie sei trotz ihrer hohen Abkunft ein bedauernswertes armes Mädchen. Auch die weiteren Ausführungen des Zeugen lassen erkennen, daß der Zeuge überzeugt ist, daß die Angeklagte ganz im Bann Erhardts stand, dem alles zuzuschreiben sei.

Der frühere Reichswehrminister und jetzige Oberpräsident Moske schilderte zunächst das Entstehen der Freikorps. Obwohl die Methoden, mit denen die Freikorpsführer, insbesondere Erhardt, die Disziplin ihrer Truppen aufrecht erhielten, sehr bedenklich erschienen, müßten wir überlegen, ob es gefährlicher sei, die Führer der Marinebrigaden Erhardt und Löwenfeld wegzuschicken oder an ihrer Stelle zu belassen, denn es war der Regierung klar, daß die Mannschaften dieser Brigaden eine Rasselbande darstellten, die man sich nicht selbst überlassen durfte, indem man ihnen die harte Führung nahm; außerdem hätte man das Heer der Arbeitslosen vermehrt. Der Einmarsch Erhardts in Berlin läßt sich nur charakterisieren als eine militärische Meuterei. Es war Hochverrat, denn ich hatte vorher Olsa und andere Generale zu ihm geschickt, die ihn von seinem Plan abbringen sollten.

Zeuge Erich Hansen, jetzt Hauptmann im Generalstab der zweiten Kavalleriedivision Frankfurt an der Oder, ist seinerzeit freiwillig zu Erhardt gegangen und hat ihm von der Ausführung eines Putches abgeraten. Erhardt habe ihn im Beisein zum Schwören verpflichtet, als der Zeuge eine Beteiligung ablehnte. Nach dem Einmarsch in Berlin machte Erhardt Löwenfeld militärisch Meldung und sagte ihm, er habe der Regierung ein Ultimatum gefendet. Löwenfeld gratulierte ihm und sagte: Sehen Sie, der Wille eines Mannes ist entscheidend; die Sache wird gelingen. Weitere Zeugen bestätigten, daß über die Vorgänge große Unklarheit herrscht.

Das Urteil.

Das Urteil gegen die Angeklagte, Prinzessin Hohenzollern-Dehringen, lautet auf 6 Monate Gefängnis wegen Beihilfung des Hochverrats in Tateinheit mit Meineid. Die Prinzessin hat auch die auf sie entfallenden Kosten des Verfahrens zu tragen. Das Gericht schloß sich in allen Teilen den Ausführungen des Oberreichsanwalts an.

Neues vom Tage.

Die Goldanleihe.

Berlin, 24. Juli. Die Besprechungen, die zwischen den Vertretern des Finanzministeriums, der Reichsbank und der Großbanken über die Begebung einer Goldanleihe des Reiches fortgesetzt wurden, haben in allen wesentlichen Punkten zu einer Einigung geführt. Es steht nur noch die Zustimmung der zuständigen Regierungsstellen aus, die spätestens morgen erfolgen dürfte. Die Auflage zur Goldanleihe wird dann sehr rasch in die Wege geleitet werden. Der Betrag der Anleihe wird bei weitem nicht an denjenigen der Dollaranleihe heranreichen. Die Anleihe wird eine Laufzeit von 12 Jahren bei 5 Prozent Verzinsung haben. Die kleinsten Stücke sollen auf 5 Dollar oder 21 Goldmark lauten. Für die Einlösung der Stücke und die Finszahlung gilt der jeweilige Neuzugriff Wechselkurs.

Keine Anstiehung!

Berlin, 24. Juli. Der amtliche preussische Pressedienst erzählt: Die drei früheren preussischen Schutzpolizeibeamten, die zu ihrer Vernehmung als Zeugen wegen Erschießung des belgischen Leutnants Graf gegen andere Schutzpolizeibeamte vor dem belgischen Militärgericht schwebenden Verfahren nach Aachen überführt waren, haben ihre Aussagen vor der belgischen Behörde gemacht. Sie sind darauf in das unbesetzte Gebiet zurückgebracht worden.



Seine Hoffnung auf Abrüstung.

London, 24. Juli. Im Unterhaus hat der Arbeiterführer Ramsay MacDonald unter lautem Beifall seiner Parteifreunde eine Entschließung zu Gunsten der Abrüstung eingebracht. Die Entschließung fordert unergänzliche Schritte, um eine internationale Konferenz einzuberufen, damit diese das Programm der nationalen Sicherheiten erwäge, das von der Grundlage ausgeht, daß der Frieden und die Freiheit der kleinen und der großen Nationen nur durch die Abrüstung gesichert werden kann. — MacDonald erklärte in der Begründung, es sei tief beklagenswert, daß die Ausgaben, die zur Vorbereitung eines neuen Krieges dienen, einen so riesenhaften Umfang angenommen hätten. Je mehr die Nation für die Verteidigungszwecke ausgeben, um so mehr vernachlässige sie die moralischen und sozialen Pflichten.

London, 24. Juli. Die Abrüstungsdebatte im Unterhaus endete in der letzten Nacht mit der Annahme der Regierungsauffassung durch das Haus, nach der der jetzige Augenblick vollkommen ungeeignet für die Beratung einer internationalen Konferenz ist. Der Antrag der Arbeiterpartei wurde zurückgewiesen. Ministerpräsident Baldwin brachte am Mittwoch die Debatte zu einem schnellen Ende in einer Rede, in der er die praktischen Schwierigkeiten zeigte, die die Regierung verhinderten, jetzt eine Politik zu treiben, die die Sympathien des ganzen Hauses besitzen würde. Der Augenblick, das Abrüstungsproblem mit Erfolg anzufassen, sei erst dann gekommen, wenn die Lage in Europa mit Bezug auf die Reparationen und die Sicherheit der Grenzen sich wieder beruhigt habe. Baldwin habe in diesem Augenblick keine Hoffnung, eine einigermaßen günstige Antwort zu erhalten, z. B. von Frankreich, bevor die Reparationsfrage gelöst und seine Sicherheit garantiert sei oder von Polen, ehe es sich nicht ganz sicher fühlen könne gegenüber seinem gigantischen und mächtvollen Nachbar an seiner Ostgrenze. Der erste Schritt ist der, den die englische Regierung jetzt auch getan hat, das noch ungelöste Reparationsproblem zu erledigen und zu dieser Aktion sei sie hauptsächlich getrieben worden in der Hoffnung, daß dann hinterher eine erfolgreiche Erörterung der Abrüstungsfrage möglich sei.

Türkisch-polnische Verträge.

Lausanne, 24. Juli. Die türkisch-polnischen Verträge, ein Freundschaftsvertrag, ein Niederlassungsvertrag und ein Handelsabkommen, wurden unterzeichnet. Die Türkei war u. a. vertreten durch Fikret Pascha, Polen durch den Berliner Gesandten. Die Einleitung zum Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern hat folgenden Wortlaut: Die Türkei und die Polen, von dem gleichen aufrichtigen Willen befeuert, die Bande aufrichtiger Freundschaft wiederherzustellen und zu befestigen, von denen die Türkei und die polnische Republik im Laufe der vergangenen Jahrhunderte tiefe Beweise ablegten, in der Erwägung, daß die Freundschaft zwischen der Türkei und Polen den härtesten Prüfungen der Geschichte widerstanden hat, und durchdrungen von der Ueberzeugung, daß diese Beziehungen, sobald sie wiederhergestellt sind, dem Gedeihen und der Wohlfahrt beider Länder dienen werden, haben beschlossen, einen Freundschaftsvertrag abzuschließen und zu diesem Zweck ihre Bevollmächtigten ernannt. Der Freundschaftsvertrag enthält vier Artikel. Der erste stellt fest, daß „übergänglicher Friede und ewige Freundschaft“ zwischen beiden Staaten und zwischen ihren Staatsangehörigen bestehen soll; der zweite, daß die diplomatischen Beziehungen auf Grund des Völkerechts wiederhergestellt werden und die diplomatischen Vertreter in beiden Ländern alle Ehren und Vorrechte der meistbegünstigten Länder genießen; der dritte, daß gleichzeitig ein Handels- und Niederlassungsvertrag abgeschlossen wird. Das Handelsabkommen der beiden Länder, das das Reisbegünstigungsrecht vorsieht, tritt einen Monat nach der Ratifizierung in Kraft.

Leserbrief.

Aus dem Abend spricht der Morgen, Aus dem Schatten leimt das Licht, Weisheit bleibt und wohl gediegen, Wer die Frucht der Stunde bricht.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

(54)

(Nachdruck verboten.)

In dem Kirchwald, der sich weit hinter dem Dorfe nach Miltenbach zu ausdehnte, gab es so köstliche, verschwiegene Wege und Plätze, wo man sich auf den weichen Boden werfen und träumen konnte — über sich den blauen Himmel, um sich her die Stimmen des Waldes.

Am schönsten war es in früher Morgenstunde, wenn die Luft noch so herrlich frisch war und die Laubtropfen wie zahllose Diamanten an den Gräsern hingen, wenn die Vögel jubilierten und kein Arbeitslärm den Gottesfrieden des Waldes störte!

Mit Besorgnis beobachtete der Baron die Tochter, in deren unnahbarem Gesicht er vergebens zu lesen suchte. Doch er fragte nichts; er wußte, wenn sie nicht zuerst sprach, hätte keine Macht der Erde sie zum Reden bringen können!

Er dachte ja nicht anders, als daß sie doch unter dem Trennbusch Otto von Jessens litt!

Wieder bot er ihr an zu reisen. — „Der Spätherbst ist so schön in Garnisch — wie denkst du, Kind?“

Ein Ausdruck nur mühsam verhaltener Qual zitterte über ihre Lippen; die Wäute des Vaters peinigte sie, weil sie die Absicht merkte.

„Ich denke, Papa, daß wir Thilo um die Freude des Augenblicks bei uns nicht bringen dürfen — hast du vergessen, daß er am Montag kommen wollte?“

Württembergischer Landtag. Kleine Ursachen, große Wirkungen.

Stuttgart, 24. Juli.

In vergangener Woche kam es auf dem Stuttgarter Markt zu heftigen Zwischenfällen. Wer sie mitansehen hat, der wird, ohne von der Gerechtigkeit des Publikums über die steigenden Preise angeekelt zu sein, zu dem Ergebnis kommen, daß die Schuldfrage mehr auf der Seite des Publikums, der Wucherpolizei und der Nichtveranschaulichung liegt. Namentlich dann, wenn man in Betracht zieht, daß im Kleinhandel der Vöden und der zahlreichen Verkaufsstände in der Stadt für dieselbe Ware bis zu 50 Prozent mehr als auf dem Großmarkt gefordert werden dürfen, ohne daß eingeschritten wird. Die Nichtpreise auf dem Markt waren tatsächlich bei der täglich steigenden Geldentwertung veraltet. Die zahlreichen Landleute, darunter auch mancherlei Händlerinnen aus den Vororten, forderten deshalb für Beeren aller Art und Kirchen höhere Preise. Nervöse Frauen und Männer sammelten sich dann um irgend eine Bauersfrau oder einen Bauersmann, forderten die Waren zum höchsten Nichtpreis. Der gab sie so nicht ab. Darob Auseinandersetzung, Geschrei, Drohung usw. und zuletzt Abführung des Verkäufers und Beschlagnahme. Andere hoben unter dem Druck solcher Situationen zum Nichtpreis abgesetzt, aber nur wenige. Am Freitag z. B. sah ich Himbeeren an derselben Stelle zu 11 000 M. feilbieten, am Samstag sollten sie um 9000 M. abgeben werden u. obwohl die Geldentwertung unterdessen (Dollars von 213 000 auf 283 000) weiter fortgeschritten war. Das sind ungesunde Zustände. Dazu kommt, daß die Nachfrage meist größer ist als das Angebot.

Diese Vorkommnisse veranlaßten nun die Geschäftsstelle des Bäcker-, Bauern- und Weingärtnerbundes (Th. Körner jun.), wohl auf Betreiben einiger Verkäufer, zu einem Aufruf, der zur Marktsperre für Stuttgart seitens der Landwirte auffordert. Der Aufruf ist in der Form ungenau scharf und verlegend. In Notizen haben die Landwirte Forderungen gegen die Wucherpolizei gestellt, die Meidung des Stuttgarter Marktes verhängt. Und die Folge war, daß der Dienstag-Großmarkt schwach befahren war. Daß die Preise steigen, ist bei der ständlich steigenden Geldentwertung nicht verwunderlich für den, der noch offenen Sinn für die Tatsachen hat. Denn schließlich hat der Erzeuger die gleichen Lebensrechte wie der Händler und der Konsument, wenn auch bedauerlich bleibt, daß der letztere immer der am meisten betroffenen ist. Mit moralischen Mitteln fängt man heute niemand mehr.

Diese Vorgänge veranlaßten die Sozialdemokratie in der 200. Sitzung des Landtags, also einer Zulässigungsitzung, am Dienstag eine Große Anfrage einzubringen, in der es heißt: Was gedenkt die Regierung gegen diese aufreizende und die Ernährung der Bevölkerung Stuttgarts gefährdende Handlung des Herrn Körner zu tun?

Nachdem Oster (Soz.) die Anfrage begründet und u. a. betont, es seien zwar auf dem Stuttgarter Markt manchmal scharfe Ausdrücke gefallen, aber kein Landwirt und keine Bauersfrau sei mißhandelt worden, beantwortet der stellvert. Ernährungsminister, Staatsrat Rau, die Anfrage: Vom Polizeipräsidentium wird versichert, daß Gewalttätigkeiten gegen Verkäufer auf dem Stuttgarter Markt bisher nicht vorgekommen seien. Die verletzten Beleidigungen gegen die Polizei wegen ihrer Untätigkeit seien daher grundlos. Wegen Preistreiberie bei Kirchen seien allerdings zwei Händler (Vater und Sohn) aus Weiler festgenommen worden, nachdem sie ihre Kamensangabe verweigert und ihrer Festnahme tätlichen Widerstand entgegengesetzt hatten. Der schon erwähnte Aufruf des Bäcker-, Bauern- und Weingärtnerbundes, neseid-

nel Th. Körner ja, stelle ohne Zweifel ein Vergehen gegen die Preistreiberverordnung dar, und ein Vergehen gegen Th. Körner ja, sei im Gange. Im übrigen möchte er noch bemerken, daß die Art und Weise, wie in Stuttgart die Preisnotierung vor sich geht, ihm nicht zweckmäßig zu sein scheint und daß diese Preise, weil sie teilweise auf 8 und 14 Tage zurückgehen, mit der tatsächlichen Entwertung nicht immer im Einklang stehen. Bei beiderseitigem guten Willen müsse es gelingen, zu befriedigenden Markt- und Preisverhältnissen zu kommen. Der Ernst der Zeit, wo ohnehin so viel Zündstoff angehäuft ist, sollte alle, ohne Ausnahme, veranlassen, sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Volksganzen bewußt zu bleiben.

In der Besprechung gibt zunächst Oster (Soz.) dem Erlaunen Ausdruck, daß nach einer von Staatsrat Rau vorgetragenen Auffassung des Justizministeriums der Aufruf des Bäcker-, Bauern- und Weingärtnerbundes nicht genügenden Anlaß zu einer Strafverfolgung gebe.

Siräbel (B.B.): Der Tatbestand scheint uns nicht ausreichend geklärt. Wir haben Mitteilungen von Bauern, daß sie auf dem Stuttgarter Markt geschlagen und beschimpft worden seien. Wenn die Weingärtner der Umgegend von Stuttgart angemessene Preise für ihr Gemüse und Obst verlangen, so kann man ihnen das nicht verargen, denn sie sind darauf angewiesen und haben nichts anderes zu verkaufen. Ihren Wein haben sie schon im letzten Herbst um einige tausend Mark das Hektol abgegeben. Die Eier kosteten auf dem Land 1000—1200 M., in Stuttgart das Fünffache und mehr. Die Sozialdemokratie verurteilt doch auch nicht den Streik, nicht einmal den in lebenswichtigen Betrieben; warum sollen die Bauern nicht das Recht haben, den Markt zu boykottieren, wenn sie Belästigungen oder einer unangemessenen Behandlung seitens der Marktkommission ausgesetzt sind.

Frau Chni (Dem.): Die Aufforderung des Bauern- und Weingärtnerbundes war geeignet, gerade in Frankreich eine Empörung hervorzurufen; es handelt sich hier um eine Aufhebung, wie sie unverantwortlicher gar nicht gedacht werden kann.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 25. Juli 1938.

* Außerordentliche Amtsvorstellung in Nagold. Am Montag fand in Nagold eine außerordentliche Amtsvorstellung statt. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe mit dem Hinweis, darauf, daß der Beschluß des Bezirksrats vom 16. Juli betr. die Frage der Errichtung einer landw. Winterschule die Enderfassung notwendig gemacht habe. Außerdem sei durch die weiter fortgeschrittene Geldentwertung die in der letzten Amtsvorstellung festgesetzte Amtschadensumlage weit überholt und wesentlich zu erhöhen. — Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm der erste Verhandlungsgegenstand, die Frage der Errichtung eines Gebäudes für die landwirtschaftl. Winterschule ein. Die Bedarfsfrage wurde im allgemeinen anerkannt und von den Vertretern der Landwirtschaft hervorgehoben, daß auch eine Weiterbildung der jungen Landwirte so nötig sei, wie bei anderen Berufen. Die Lokalfrage wurde eingehend erörtert und dabei die Frage aufgeworfen, ob die nötigen Schulräume nicht im Seminar oder in der Präparandenanstalt bei der in Aussicht stehenden Umstellung des Seminars in eine höhere Schule usw. sein werden. Von berufenen Seite wurde u. a. betont, daß mit dieser Möglichkeit vorerst nicht gerechnet werden könne. Bezüglich der Kostenfrage für einen Neubau, ähnlich wie im Bezirk Herrenberg mit Einbau der Wohnungen äußert sich O.A. Bauweiser Schlichter dahin, daß ein solcher Bau heute viele Millionen koste und bei der fortschreitenden Geldentwertung eine bestimmte Summe überhaupt nicht genannt

„Er würde ebenso gern auch vier Wochen später kommen!“

Abwehrend schüttelte Erdmüte den Kopf.

„Nein, Papa, es bleibt dabei!“ Sie freischelte sein verforgtes Gesicht, „lasse nur gut sein, lieber alter Herr, ich bin ganz zufrieden! Ich weiß, was ich mir eingebrockt habe — leid tut es mir nur, daß auch du mit auslöffen mußt!“ Sie lächelte ein wenig und küßte den Vater auf die Stirn — „sei mir nicht gar zu böse, Papa, daß ich dir einen solchen Strich durch die Rechnung gemacht habe! Doch als Otto Jessens Frau wäre ich todunglücklich geworden — ein Glück, daß ich ihn rechtzeitig erkannt! Wir waren zu verschiedene Naturen — und ich verlange mehr von einer Ehe als Otto! Lediglich elegante Weidame spielen, von einem Modediornt nach dem andern jagen und in ober nichtsagerender Geselligkeit ausgehen, dazu denke ich zu ernst und bin gottlob auch nicht so ergogen! Ich fühle mich nur wohl hier als schlüssiges Landbesitzerkind! Die Freiten sind jetzt auch zu schwer und trübe! Und daß Otto dafür so wenig Verständnis hat, hat mich oft verlezt.“

„Gewiß, mein Kind, du hast in vielem recht, aber —“

Sie hielt ihm den Mund zu.

„Aber“ mehr, Papa — wir sind uns einig! Drum schluß! Sei froh, daß es so gekommen — zu meinem Glück war es! — Und jetzt gehe ich, um dir Brombeeren zu pflücken! Ich sah vor einigen Tagen eine Brombeere mit einer Unmasse Beeren, die heute reif sein müssen!“

„Wißt du wieder allein gehen, Erdmüte? Du weißt doch, ich sehe es nicht gern, dieses einsame Streifen durch den Wald —“

Sie lachte ihr leises dunkles Lachen.

„Papa, nennst du das „allein“, wenn „Treu“ mein Begleiter ist? — Sie strich über den schönen Kopf ihrer Dogge, die sich dicht an sie gedrängt hatte und mit ihren flugen Augen zu ihr emporstarrte. „Sei unbesorgt, Papa, „Treu“ ist mir mehr Schutz als mancher Kamm! Komm, Treu —“

Erdmüte nahm ihren Sonnenschirm sowie ein kleines Eimerchen und verabschiedete sich dann von dem Vater.

Freudig umsprang das schöne Tier seine Herrin, die den Weg nach dem Kirchwald einschlug. Tief atmete Erdmüte auf — wie köstlich war diese Stille und Frische! Und jetzt brauchte sie für eine Weile die Maske vor ihrem Gesicht nicht zu tragen — wie wohlnehmend war doch einmal eine kurze Zeit der Entspannung nach der immernährlichen Selbstbeherrschung!

Sie pflückte eifrig die schwarzglänzenden Beeren, um nicht mit leeren Händen heimzukehren. Doch bald hatte sie die Lust dazu wieder verloren. Die Dornen hatten ihre Hände geritzt, und die Sonne brante ihr zu warm auf den Rücken — und geheimnisvoll mit Nacht lockte der grüne Waldesdom!

Die Stille wurde unterbrochen durch laut hallende Artichläge.

Ueberlegend blieb sie stehen. Da waren Menschen — und sie wollte doch niemand sehen! Sie kehrte um und ging eine kleine Anhöhe hinauf. Dort stand eine mächtige Lanne, die wie schlüßend ihre Arme breiete.

Erdmüte setzte sich auf einen abgehaunten Baumstamm daneben; Treu lagerte sich zu ihren Füßen. Sie freischelte ein seidengraues Fell — „du mein bester, mein einziger Freund —“

Und sie dachte an einen Gewittertag, an dem einer sie so behutsam und ritterlich betreut — da hatte es wohl angefangen — ihr süßes, trauriges Leid — oder war es schon vorher gewesen —? Sie wußte es nicht mehr.

Grüngoldiges Licht umwehte sie, und die Sonnenstrahlen tanzten in lustigen Kringeln auf dem moosigen Boden. Bienen summten, und Schmetterlinge gaukelten anmutig von Blume zu Blume. Licht zu ihren Füßen leuchteten aus lorbeergrünen kleinen Blättern eine Unmenge zierlicher korallenroter Beeren.

Mit großen, abwecenden Augen blickte sie vor sich hin, leicht wortenüber geneigt, die gefalteten Hände auf den Knien.

(Fortsetzung folgt.)



werden könne. Unter diesen Umständen kam allseitig die Ansicht zum Ausdruck, daß so große finanzielle Opfer in der jüngsten Zeit nicht gemacht werden können und es wurde von den verschiedenen Anträgen dann folgender Vermittlungsantrag mit überwiegender Mehrheit angenommen: Von der Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule z. B. abzusehen, jedoch den Bezirksrat zu ermächtigen, die Errichtung der Schule im Auge zu behalten und gegebenenfalls wieder Verträge an die Kurzschriftsammlung zu machen, insbesondere wenn Lokale für die Schule zu mieten wären. — Die Amtsschadensumme mußte den Bedingten in sprechend von 30 auf 150 Mill. erhöht und das Betriebskapital der Oberamtspflege auf 100 Mill. festgesetzt werden. — Kleinrentenfürsorge. An dem Aufwande für die Kleinrentenfürsorge beteiligt sich das Reich mit 80 und die Gemeinden mit 20 Prozent. Ab 1. 4. 23 wird sich das Land voraussichtlich mit 10 v. H. an diesem Aufwande beteiligen. Die Rücksicht darauf hat der Bezirksrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, von dem Gesamtanteil die Hälfte, also 10 Proz. zu übernehmen, so daß die Gemeinden nur noch 10 Proz. zu tragen hätten und im Falle sich das Land mit 10 v. H. beteiligt, 5 Proz. auf die Amtskassenpersone zu übernehmen; auf die Gemeinden würde dann nur noch 5 Proz. an Aufwand entfallen. Diesem Beschlusse erteilt die Amtsvorversammlung die Genehmigung. — Die Gebühren der Amtsvorversammlungsmitglieder wurden den Steuerordnungen angepaßt. — Einige Mittelungen bildeten sodann den Schluß der Versammlung.

— Wegfall der Stückzinsen bei festverzinslichen Wertpapieren. Die für Aktien schon seit Jahren abgeschaffte Berechnung von Stückzinsen wird durch die vom Reichswirtschaftsminister mit Zustimmung des Reichsrats erlassene Verordnung auch bei den festverzinslichen Wertpapieren beseitigt.

— Versänflichung der Biersteuer. Der Reichsrat erklärte sich einverstanden mit einer Erhöhung der Sätze der Biersteuererhebung vom 1. August an. Nach dem Gesetze ist der Finanzminister ermächtigt, die Steuer zu erhöhen, wenn die Brauereipreise seit dem 15. Juni um wenigstens 25 Prozent gestiegen sind. Nun haben sich, wie der Referent erklärte, die Preise seitdem ungefähr um das Fünffache erhöht. Darum schlägt der Finanzminister vor, die eben erst angenommenen Sätze von 4100 bis 5000 Mark zu versänflichen auf 20500—25000 Mark. Der Steuerfuß für eingeführtes Bier soll von 17500 auf 25000 Mark erhöht werden. Entsprechend diesem Beschlusse wurden auch die Anteile der drei Staaten Württemberg, Bayern und Baden an der Biersteuereinnahme erhöht. Für Württemberg ist der Höchstbetrag nunmehr 1,9 Milliarden Mark, für Bayern 10 Milliarden und für Baden 1,3 Milliarden Mark. Namens der bayerischen Regierung erhob Staatsrat Dr. von Wol einen Einspruch gegen die Versänflichung. Bayern stimmt gegen diese Vorlage. Angenommen wurden Ausführungsbestimmungen zur Biersteuer, zur Leuchtmittelsteuer und zur Zündwarensteuer. Der Zuschlag zur Kraftwagensteuer wurde auf das 840fache erhöht. Die Erhöhung soll am 1. August in Kraft treten.

— Meldepflicht der Arbeitgeber bei Streiks und Aussperrungen. Die Reichsarbeitsverwaltung hat vor kurzem auf Grund des Par. 42 Absatz 1 des Arbeitsnachweisgesetzes Vorschriften über Meldungen bei Streiks und Aussperrungen erlassen. Danach sind alle Arbeitgeber ohne Rücksicht darauf, ob ihre Betriebe gewerblicher oder nichtgewerblicher Art sind oder ob es sich um Privatunternehmer, öffentliche Körperschaften oder Behörden handelt, zu folgenden Meldungen verpflichtet: Eintritt in einem Betrieb ein Ausstand aus oder wird eine Aussperrung vorgenommen, so muß der Arbeitgeber dem zuständigen Arbeitsnachweis (Arbeitsamt) unverzüglich und in doppelter Fertigung Meldung erstatten (Ausbruchmeldung.) Wird von einer öffentlichen Berufsvertretung oder wirtschaftlichen Vereinigung eine Sammelmeldung über eine Ausstands- oder Aussperrungsbewegung erstattet, so sind die in der Sammelmeldung aufgeführten Arbeitgeber von der besonderen Meldepflicht befreit, sofern die Sammelmeldung in jeder Beziehung den erwähnten Meldebedingungen entspricht. Ueber alle wichtigen Veränderungen in der Ausstands- oder Aussperrungsbewegung muß dem zuständigen Arbeitsamt berichtet werden; diese Zwischenmeldung soll nach Form und Inhalt der ersten (Ausbruch-)Meldung entsprechen. Ein Verstoß gegen die Meldepflicht ist von der Beendigung des Ausstandes bzw. der Aussperrung unverzüglich Meldung zu erstatten (Schlußmeldung). Für alle diese Meldungen erhalten die Arbeitgeber Vordrucke bei den Arbeitsnachweisen. Von diesen Meldungen muß die Verpflichtung der Arbeitgeber zur amtlichen Berichterstattung nach Beendigung von Ausständen und Aussperrungen unterschieden werden. Auf diese Statistik, für die ebenfalls entsprechende Vordrucke bei den Arbeitsämtern zu erhalten sind, finden die Bestimmungen für die Meldungen sinngemäß Anwendung.

Calw, 24. Juli. (Silbernes Hochzeit.) Landtagsabgeordneter Dirigles und seine Gemahlin begingen am letzten Sonntag das Fest der Silbernen Hochzeit. Aus diesem Anlaß ließ der Landv. Bezirksverein, dessen Vorstand Herr Wagner ist, dem Jubelpaar von der hiesigen Stadtkapelle ein Glückwunschkärtchen bringen; auch der Gesangverein „Concordia“ lud zu Ehren seines passiven Mitglieds einige schöne Lieder vor. Von seinen Fraktionsgenossen im Landtag wurde der Jubilar mit dem wertvollen Festgeschenk eines Klubfestes beglückwünscht.

Calw, 23. Juli. (Schwerer Unfall.) Samstag Morgen um 1 Uhr wurden die Bewohner der mittleren Wilhelmstraße durch einen furchtbaren Krach und Knall aus ihren schlafenden Betten aufgeschreckt. Ein Automobil der Rheinischen Bergwerks-Gesellschaft hatte bei der Wiegung von der Nagoldbrücke zum Viehhof zu weit ausgeholt und fiel so mit voller Wucht auf den Boden des H. Haller'schen

Wohnhauses, dessen Türpfosten und Schaufenster eingerannt und dessen innere Einrichtung dadurch in erschütternde Verwirrung gebracht wurde. Der Schaden soll sich auf mehrere Millionen belaufen. Auch das Eckhaus des H. Haller'schen Hauses trugen mehr oder weniger erhebliche Beschädigungen davon.

Stuttgart, 24. Juli. (Aus der württ. Demokratie.) Unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Bruckmann trat der Landesauschuss der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs am Sonntag zu einer aus dem ganzen Land gut besuchten Sitzung zusammen, der auch die beiden demokratischen Minister und die Mehrzahl der Landtagsabgeordneten anwohnten. Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden, an das sich eine Aussprache anschloß, trat der Landesauschuss einem offiziellen Bericht zufolge nachdrücklich für die republikanische Verfassung und für eine starke und entschlossene Haltung gegenüber der Umsturzbewegung von rechts und links ein. Die Landtagsfraktion und Parteileitung wurden beauftragt, sich Klarheit über die Sicherung des Staates zu schaffen; insbesondere sollen die Minister die Frage präzisieren, ob bei Mächtemitteln zum Schutze der Republik genügt. Die etwa nötigen Schritte sollen sofort unternommen werden. Eine Entschließung, worin den beiden demokratischen Ministern und der Landtagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen wird, wurde angenommen.

Strompreiserhöhung. Das Städt. Elektrizitätswerk hat den Strompreis für die Kilowattstunde zu Beleuchtungszwecken auf 10000 Mark und zu Kraftzwecken auf 6700 Mark erhöht.

Das teure Adressbuch. Die Stadtverwaltung hat den Verkaufspreis für das Adressbuch 1923 auf 50000 Mark für das Stück erhöht.

Göppingen, 24. Juli. (Französische Schandjustiz.) Stadtbürgermeister Dr. Engel in Jdar, ein Sohn von Jdar Dr. Engel in Reichenlingen, ist dieser Tage vom französischen Militärgericht in Trier zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden, „wegen Ungehorsams“, d. h. weil er als aufrechter deutscher Mann nach Pflicht und Gewissen seines Amtes gewaltet hat.

Großeltingen, 24. Juli. (Ertrunken.) Während die Eltern auf einem Besuch in Gmünd weilten, ist der 17 Jahre alte Reinhold Hausch beim Baden am oberen Wehr in der Fils ertrunken.

Reutlingen, 24. Juli. (Verbandsstag.) Der Verband der Fleischermesser und Innallotente Württembergs hielt bei zahlreicher Beteiligung unter Leitung des Vorsitzenden Witter-Stuttgart seinen Verbandstag. Nach Begrüßungsansprachen und dem vom Verbandssekretär Schweizer erstatteten Geschäftsbericht sprach Handwerkskammerpräsident Eberhardt über verschiedene Handwerkerfragen. Mit der Regelung des Vergütungswesens wolle das Handwerk nichts anderes erreichen, als daß den Handwerksmeistern für eine gute und solide Arbeit ein angemessener Verdienst gesichert werde. Der Verbandstag beschäftigte sich dann mit den wichtigen Fragen der Preisliste, der Geschäftsunterschiede und der Kalkulation, worüber Verbandssekretär Schweizer referierte. Zur Annahme gelangte eine Entschließung, in der gegen die Art und Weise protestiert wird, wie das Schieds- und Preisamt die Unkostenfrage bei Kalkulationen behandelt.

Handel und Verkehr.

Die amtlichen Zevisen für Dienstag.

Die Notierungen sind in Berlin u. Frankfurt dieselben.

Dollarstand: 412965 G., 415035 Br.

Amsterdam	161 994 G., 162 806 Br.
Brüssel	20 448 G., 20 551 Br.
Christiania	67 431 G., 67 769 Br.
Kopenhagen	72 219 G., 72 581 Br.
Stockholm	109 725 G., 110 275 Br.
Zürich	18 054 G., 18 145 Br.
London	1 895 250 G., 1 904 750 Br.
Paris	24 738 G., 24 862 Br.
Schweiz	73 715 G., 74 085 Br.
Spanien	58 872 G., 59 147 Br.
Deutsch-Österreich	598,50 G., 601,50 Br.
Brag	12 468 G., 12 531 Br.
Buenos Aires	140 448 G., 141 152 Br.

Zevisennotierungen nur noch an vier Wochentagen. Nach Beschluß des Berliner Börsenverbandes werden die Zevisen und Notizen nur noch am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag amtlich notiert.

Sinken des russischen Sowjetrubels. Am 10. Juli notierte die Moskauer Fondsboerse 1 Pfund Sterling mit 810 Millionen Sowjetrubel (am 4. Juli 765 Mill.) und den Dollar mit 176 Millionen Sowjetrubel (154 Mill.).

Stuttgart, 24. Juli. (Weitere Steigerung der Schlachtviehpreise.) Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag waren zugetrieben: 28 Ochsen, 21 Bullen, 120 Junghullen, 117 Jungrinder, 72 Kühe, 393 Kälber, 292 Schweine, 14 Schafe und 1 Fiege, die sämtlich verkauft wurden. Verkauf des Marktes: Großvieh und Schweine lebhaft, Kälber mäßig beliebt. Erlos aus 1 Str. Lebendgewicht, in Mill. M.: Ochsen erste Qualität 2,8—3, zweite 2,2—2,6, Bullen erste 2,4—2,7, zweite 2,1—2,3, Jungrinder erste 2,8 bis 3,05, zweite 2,4—2,7, dritte 2—2,3, Kühe erste 2,1 bis 2,3, zweite 1,8—2, dritte 1,3—1,6, Kälber erste 3,5—3,7, zweite 3,2—3,4, dritte 3—3,1, Schweine erste 3,9—4,05, zweite 3,6—3,7, dritte 3,2—3,4.

Mannheimer Produktbörsen. 23. Juli. Die Börse verkehrte in fester Haltung. Für die 100 kg. bahnfrei Mannheim wurden verlangt, alles in Mill. M.: Weizen 1,9—2, ausl. Weizen 1,7—1,9, Roggen 1,05—1,55; Gerste 1,5—1,6, Haber 1,2—1,5, Weizenheu 0,22 bis 0,25, Kleeheu 0,22—0,27, Preßstroh 0,16—0,17, Weizenmehl zweifach 2,8—2,9.

Edwigsburg, 21. Juli. (Holzmarkt.) Ingefaßt waren einige Partien Stangen, Baumhölzer, Brennholz und Leitern. Der Verkauf ging mangelnder Nachfrage wegen langsam. Begehrt wurden für eine Hopfenstange 16 000 Mark, für eine Stange 20 000 Mark, für eine Baumhölzer 1500 bis 8000 Mark, für einen Wagen Prägeln 500—800 000 Mark.

Öffentlicher Sprechsaal.

(Für Einwendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die persönliche Verantwortung.)

Erwidern.

Zur Wahrung „berechtigter Interessen“ kommt in Nr. 161 der Schwarzwälder Tageszeitung ein Eingangs vom Württ. Beamtenbund, Bezirkskartell Nagold-Allensteig, welches sich mit dem am 8. Juli in Allensteig stattgefundenen Bauerntag, resp. mit Herrn Landtagsabgeordneten Hönning und meiner Person beschäftigt. Leider ist mir dieses Blatt erst heute in die Hände gekommen und konnte ich deshalb nicht früher zu dem Eingangs Stellung nehmen. Der Einsender, welcher, wie es scheint, meine Ausführungen selbst mit anhörte, stellt 5 Fragen an mich, welche ich der Reihe nach beantworten will.

Frage I.) Von wem wird in erster Linie der passiv Widerstand ausgeübt, von ihm als Festbauer bei einem Bauerntag, oder den Landwirten des Bezirks Nagold-Allensteig oder von der Beamenschaft an Rhein u. Ruhr?

Antwort: Es ist nicht schön, Herr Einsender, wenn Sie hier gleich persönlich werden und die Landwirte von Nagold-Allensteig, sowie die Fehrdreher antempeln, denn selbstverständlich kann man, wenn man an der Nagold wohnt, nicht an der Ruhr passiven Widerstand leisten. Dies geschieht aber an der Ruhr und dem Rhein nicht nur von Beamten, sondern von allen Berufsklassen. Oder sollte dem Einsender gar nichts bekannt sein, von den Todesopfern der Arbeiterkassette (Düsseldorfer Kettegericht), von dem Einsperren der Daktoren (Krupp-Projekt), von der Brandstiftung der Landwirte. Selbstverständlich gebührt auch der Beamenschaft, die treu ihrem Dienste, die von ihrer oberen Behörde erhaltenen Anweisungen bis zur Auswirkung durchführt, vollste Anerkennung und Dank. Jedoch wollen wir auch die anderen Volksgenossen, die ihre Kreuze mit dem Tod bezahlten und demnach täglich bezahllen, nicht vergessen, denn mehr wie sein Leben kann niemand geben.

Frage II.) Von wem wird der Sicherheitsdienst ausgeübt? Antwort: Selbstverständlich von den Beamten, die sich für diesen Dienst freiwillig zur Verfügung stellen. Es wäre für unsere ganze Polizeitruppe direkt eine Beleidigung, wenn wir dieses anzweifelten würden.

Frage III.) Hier handelt es sich um die steuerliche Belastung der Landwirtschaft.

Antwort: Ja, mein lieber Einsender, warum denn so einseitig? Ich frage: 1) Haben denn nur die Landwirte die der herrschenden Geldentwertung ihre Hypotheken heimbezahlt? 2) Zahlt nur die Landwirtschaft ihre Steuern mit entwertetem Geld? 3) Werden nicht Vorauszahlungen von der Steuer verlangt? Undersfalls müssen sehr hohe Zinsen bezahlt werden. Muß denn nicht die Produktion die Beamtengehälter nebst den Steuern, die die Beamten bezahlen, erschaffen, sodas ich persönlich schon längst auf dem Standpunkt stehe, die Beamten ganz steuerfrei zu lassen, denn ob der Staat zuerst den Gehalt bezahlt und nachher wieder die Steuern einzieht oder ob der Gehalt in Anbetracht der Steuerfreiheit entsprechend ausbezahlt wird, bleibt sich im Endresultat gleich. Betreffs Besteuerung des Privatvermögens des Beamten könnte trotzdem der empfangene Gehalt berücksichtigt werden.

Bei der Wohnungsabgabe, die tatsächlich in vielen Bezirken des Landes bis zu 1/3 der Steuer von der Landwirtschaft aufgebracht wird, kann nur ein Bruchteil von der Landwirtschaft auf die Mieter umgelegt werden, da die Eigenart der landwirtschaftlichen Betriebe wohl viele Gebäude, Stallung, Scheuern, nebst die Wohnungen für die Diensthöfen bedingt, Mieter aber hat der Landwirt, im Gegensatz zu den städtischen Gebäulichkeiten, soviel wie keine. Doch unsere Schweizer Industrie ebenfalls mit Steuern bedacht ist, hat kein Mensch bestritten, jedoch auch dieses Produktionsland die Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter nicht den Steuern erschaffen. Das ganze Staatswesen beruht, sofern es gesund ist, auf den beiden produzierenden Ständen Landwirtschaft und Industrie, denn durch diese werden neue Werte geschaffen. Ein Staat mit nur Beamten wäre keinen Tag existenzfähig, das sollte der Einsender, wenn er auch über bezüglich wenig Kenntnis von der Volkswirtschaft, verstanden.

Daß der Staat selbstverständlich nicht nur ein gutes, hoffendes, unbestechliches, sondern auch ein gut bezahltes Contingent benötigt, wurde von mir mit aller Deutlichkeit ausgeführt und kann ich hier, selbst Beamte, die meine Ausführungen mit angehört und in jeder Beziehung gebilligt haben, als Zeugnis anführen. Dem wäre auch die Frage IV beantwortet. Bei der Frage V handelt es sich darum, ob die Beamenschaft nicht das nehmen und beanspruchen soll, was ihr für die ungenutzte Dienstleistung zur Befreiung ihres Lebensunterhaltes als Entschädigung gebührt.

Darauf nimmt nun der Herr Einsender auf eine Anfrage im Frühjahr 1920, die von der Beamenschaft an mich gerichtet wurde, Bezug u. begehrt die Beantwortung zu behaupten, ich habe die damaligen Versprechungen nicht erfüllt. Meine Antwort war damals, daß ich es für selbstverständlich halte, daß der Beamte jemals nach den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung bezahlt und daß für seine Hinterbliebenen, wie es schon unsere Verfassung garantiert, gesorgt wird.

Wann habe ich entgegen dieser Versprechungen gehandelt? Wenn der Einsender diese Behauptung aufstellt, so sagt er eine bewusste Unwahrheit. Ich bin ordentliches Mitglied des Finanzauschusses und habe jemals, trotzdem ich ernst Bedenken für manche Artikel des Beamtenentgeltgesetzes

habe, den jeweiligen Schwächen zugehört. Für unheilliche Kinderzulagen habe ich allerdings noch nie ein Verständnis gehabt u. glaube ich mich in dieser Beziehung weitgehend im Einkommen mit den Beamtenfrauen und auch zum größten Teil mit den Beamten zu befinden. Auch die ungerechte Dreiklassensteuereinteilung und Wirtschaftszulagen sind keineswegs ideal zu nennen. Da Schlimmste aber ist und das habe ich auch in Allensteig ausgeführt, die seit 1918 ununterbrochen neu eingeführten Verhördien- und Beamtensachen. Weg mit allem Landeigen und rühre Abwas diese: Aelter liegt nicht nur im Interesse des Volksganges, sondern hauptsächlich auch der Beamten selbst, denn bei unserer mehr wie traurigen Finanzlage muß man und wird man außerdem noch auf manches lieb gewordene verzichten müssen. Das sind auch ungefähr meine Ausführungen, die ich in Allensteig gemacht habe und nur Bewilligung und Agitationserfolg kann derartige Verordnungen, wie es dem Herrn Einsender beliebt, fertig bekommen.

Wenn mich der Einsender noch zum Schluss als hühner- oder Agitator bezeichnet und mir empfiehlt, meine Rednerkunst nützlicheren Aufgaben zu widmen, so erwidere ich demselben, daß das, was ich tue und lasse, meine höchst eigene Angelegenheit ist und ich nach wie vor, so oft es mir beliebt, recht deutlich reden werde. Zu entscheiden, wer der Heilapostel ist, überlasse ich dem einseitigen Teil der Leserschaft dieses Blattes und namentlich auch dem Teil der Beamten, die mir nach meinem Vortrage versicherten, voll und ganz mit meinen Ausführungen einig zu sein. Im Übrigen gilt auch hier der Spruch: „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ W. Dingler, N. d. S.

Letzte Nachrichten.

Ein franz. Geheimfaktor verhaftet.

W.B. Berlin, 25. Juli. Mälermeldungen aus Dagen zufolge wurde zwischen Landsberg und Freudenberg in dem von Berlin kommenden D Zug ein französischer Geheimfaktor der französischen Botschaft in Berlin, der auch Spionagetätigkeiten verrichtete, von der Schutzpolizei, die eine Pfahlfestung vornahm, verhaftet. Es wurden bei ihm Dokumente gefunden, die für den französischen Kommandanten der Ruhrarmee bestimmt waren.

Die Tenierung in Berlin.

W.B. Berlin, 25. Juli. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben folgende dringende Anfrage an den Magistrat gerichtet: Wie fragen den Magistrat, ob er bereit ist, mit ähnlicher Beschleunigung mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um diese zu veranlassen, gegenüber der von Stunde zu Stunde sich verschärfenden Notlage der Berliner Bevölkerung die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu ergreifen und die drohende Gefahr einer Katastrophe abzuwenden.

Vom besetzten Gebiet.

W.B. Dortmund, 24. Juli. Gestern wurde die Reichsbank von den Franzosen beschlagnahmt, die 60 Milliarden beschlagnahmen wollten, aber nur rund eine Milliarde in der Reichsbank vorfanden.

W.B. Münster, 24. Juli. Am 21. Juli nachmittags verhafteten etwa 30 junge Leute aus Bochum bei Kplerbed ins unbesetzte Gebiet zu gelangen. Bei einem Zusammenstoß mit französischen Grenzpatrouillen wurden der 25jährige Bernick und der 20jährige Geiser angefaßt und schwer verletzt. Vier weitere wurden vernichtet. Der Rest ist über die Grenze entkommen. In Westhofen wurde der Verhaftungszustand bis zum 29. Juli verlängert.

Die weißen Ränder raubten wieder 25—50 Milliarden.

W.B. Mainz, 24. Juli. Die Franzosen haben gestern Nacht und im Laufe des heutigen Vormittags aus der Reichsbank, die sie bereits seit längerer Zeit beschlagnahmt, die vorhandenen Gelder geraubt. Wie man hört, wurde der Tresor unter Leitung eines Pariser Spezialisten mittels Sauerstoffapparates und Pistolen aufgebrochen. Das Geld, dessen Summe sich auf 25—50 Milliarden belaufen dürfte, wurde mittels Lastautos weggeführt.

Von den Franzosen verhaftet.

W.B. Frankfurt a. M., 25. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ aus Spryer gemeldet wird, ist Oberregierungsrat Siedler, der nach der Ausweisung des Regierungspräsidenten und zweier Regierungsdirektoren als dienstältester Beamter das Regierungspräsidentium der Pfalz führte, gestern von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet worden.

Die Verhältnisse im Ruhrgebiet.

W.B. Paris, 24. Juli. Der der demokratischen Partei angehörige Senator Sankt ist von einer Reise durch Deutschland, Belgien und England, die ihn auch mit den Staatsmännern der genannten Länder zusammenführte, nach Paris zurückgekehrt. Er führte einem Berichterstatter des „New York Herald“ gegenüber seine Eindrücke im deutschen Industriegebiet in den Satz zusammen: „Als, was ich über die Lage im Ruhrgebiet sagen kann, ist, daß die Verhältnisse in jeder Hinsicht desolatenwert sind.“

Die Möglichkeit von Zusammenstößen.

W.B. Berlin, 24. Juli. Der Reichsminister des Innern ließ am 19. Juli ein Rundschreiben an alle Landesregierungen ergehen, worin auf die Möglichkeit von Zusammenstößen insbesondere am 29. Juli hingewiesen und er sucht wird, alle Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen der Ruhe und Ordnung zu treffen. Ganz besonders wird auf die genaue Durchführung der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über das Waffen tragen und das Mitführen von Waffen in Versammlungen und Aufzügen

hingewiesen. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Ruhe und Geschlossenheit im Innern gerät im gegenwärtigen Zeitpunkt der Reichsminister, von vordereis mit wirksamen Mitteln einzugreifen und nötigenfalls die Versammlungen unter freiem Himmel für den 29. Juli überhaupt zu verbieten. (Das Rundschreiben erfolgte wegen des von der kommunistischen Partei auf 29. Juli festgesetzten Antifaschistentages.)

Vom engl. Unterhaus.

W.B. London, 24. Juli. Premierminister Baldwin teilte im Unterhaus mit, er hoffe, das Haus werde am 2. August in die Herbstferien gehen können. Auf eine Anfrage bekräftigte Baldwin, daß sich vor der Verlegung des Unterhauses noch Gelegenheit für eine Entscheidung der Kabinetsratgefinden werde.

Die Unterzeichnung des Danzauer Friedensvertrags.

W.B. Danzau, 24. Juli. In einer feierlichen Sitzung wurde heute Nachmittag in der Aula der Danzauer Universität der Friedensvertrag zwischen der Türkei einerseits und England, Frankreich, Italien, Japan, Griechenland und Rumänien andererseits unterzeichnet. Wichtigste wurde die Unterzeichnung des dem Vertrag beizugehörigen Abkommens, sowie der Protokolle u. Erläuterungen vorgenommen. Der Unterzeichnungsakt dauerte eine halbe Stunde.

Nach China.

W.B. London, 24. Juli. Ruter meldet aus Peking: Ein britischer und ein amerikanischer Dampfer wurden auf dem Jungtse Fluß bei Tschang beschossen. Ein amerikanisches Kanonenboot erwiderte das Feuer und fügte den Angreifern schweren Schaden zu.

Ein Kiefeneinbruch.

W.B. Berlin, 24. Juli. Ein Kiefeneinbruch, wie er in den Annalen der Berliner Kriminalpolizei bisher noch nicht verzeichnet wurde, wurde gestern Nacht in den Geschäftsräumen der früheren Hofwägerei Rosenthal u. Sohn, Friedrichstraße 69, ausgeführt. Den Einbrechern, die die Tat von langer Hand vorbereitet haben, müssen sieben Schwadsachen im Werte von etwa 80 Millionen in die Hände. Auf die Ergreifung der Täter haben die Geschäftsinhaber 100 Millionen Mark und für die Wiederherstellung der gestohlenen Rohbarkeiten 10% des Wertes ausgesetzt.

Wahrscheinliches Wetter.

Die Störungen aus dem Nordwesten haben überhand genommen. Bewölkung und gewitterhafte Niederschläge im Westteil mit Auflockerung wird am Donnerstag vorherrschen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Druck: H. B. I. etc. u. Verlagsdruckerei „Der Tannen“ Calw.

Sämtliche Gewerbetreibende und Landwirte werden aufgefordert, noch innerhalb des Monats Juli für das II. Kalendervierteljahr 1923 (1. April bis 30. Juni)

Borannmeldungen über den Umsatz

abzugeben und Vorauszahlungen in Höhe von 2% des Umsatzes an die Finanzkasse bzw. die Kreisrentämter und Einzugsstellen zu leisten.

Bei verspäteter Zahlung werden gemäß dem Geldentwertungsgesetz Zuschläge in Höhe von 15% bzw. 30% erhoben.

Verständnisse und unrichtige Abgabe der Borannmeldung sind unter Strafe gestellt.

Auf die Bekanntmachung in der Schwarzwälder Tageszeitung und im Gesellschaftsblatt vom 21. April 1923 wird Bezug genommen.

Altensteig, den 24. Juli 1923.

Finanzamt:

Regierungsrat: Huberich.

Deffamen-Lohnschlägerei

Ich nehme wieder täglich gute lustgetrocknete Deffamen aller Art wie Repp, Rohn, Dotter, Hanf, Heberich und Lira zum Schlagen an. Ganz besonders mache ich wieder auf mein rühmlichst bekanntes

Raffiniertes und destilliertes Spaisersöl aufmerksam, dem nach dem seitlichen Verfahren bekanntlich der herbe Beigeschmack dauernd und vollkommen genommen ist.

Neben einer guten Ausbeute rühre ich bei mäßiger Berechnung ein erfrischendes, von jedem Beigeschmack freies, garantiert 1 Jahr lang haltbares u. bis auf den letzten Tropfen klares Öl zu. Die Deffamen werden gemahlen.

In Interesse meiner Kundschaft empfehle ich, mit den heutigen Saatensatz nicht wieder in kleinen Posten sondern auf einmal zur Verarbeitung einzulassen, da sich letztere dadurch wesentlich verbilligt.

Ebenso auch laufe ich guten Repp in jedem Quantum

Alfred Reclam, Nagold

Fernsprecher 101. Hauptbahnhof.

Altensteig.

Apfelmost-Stoff Apfelico

Dr. Schweizer's Most-Substanzen Tamarino

mit Süßholz
empfiehlt zu sehr günstigen Preisen

Chr. Burghard jr.

Für Führung meines Haushalts suche ich sofort eine tüchtige

Berion

Karl Birle
Wochenwäcker
Altensteig.

Wander- karten

Schwarzwaldführer Bodensee Führer

von Julius Wais
empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg

W. Rieker'sche Buchhdlg
Altensteig.

Postfach: Friedricks Post,
geb. Glauner, 71 J.

Hirsch-Café

Täglich Vanille-
und Fruchteis

Hirsch-Café

Briefordner und Schnellhefter

sowie

Durchschlagpapier

Schreibmaschinen "

Rohlpapier

hat stets auf Lager

die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig.

Mostsubstanzen

in bester Qualität empfiehlt

Apotheker Jos. Englert
Schwarzwald-Drogerie, Altensteig.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Kleie,
Roggenfuttermehl,
Kalials,

Melassfuttermehl,
Koch- u. Viehsalz,
Senffaat.

Ausgabe Mittwochs und Samstags.

Fernsprecher 96.

Die Geschäftsstelle.

Insertate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Aluminium Küchengeschirre

sind reinlich, leicht, sehr schnell erwärmt und haben unbegrenzte Dauerhaftigkeit. Sie sind deshalb die billigsten im Gebrauch.

Gutsortiertes Lager bei mäßigen Preisen bei

LORENZ LUZ jr., ALTENSTEIG. - TEL. 46.

